

Michael Ebeling
Kochstraße 6
30451 Hannover
micha_ebeling@gmx.de

Arbeitskreis
Vorratsdatenspeicherung 
Ortsgruppe Hannover **AKVORRAT**

An den Niedersächsischen Innenminister,
Herrn Uwe Schünemann
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Straße 1
30159 Hannover

Offener Brief an den Innenminister des Landes Niedersachsen

Hannover, den 3. Juni 2009

Sehr geehrter Herr Schünemann,

am 25. Februar 2009 teilten Sie in der Beantwortung einer Petition vom 28. Oktober 2008 mit, dass in Kürze eine weitere polizeiliche Videoüberwachungsanlage in Hannover am Jüdischen Mahnmal am Opernplatz in Hannover in Betrieb genommen werden solle.

Nun haben wir - nach einigem Suchen - diese Kamera entdecken können und möchten folgende Fragen an Sie richten:

1.)

Ist die Kamera zur polizeilichen Videoüberwachung am Opernplatz bereits in Betrieb genommen worden?
Und wenn ja, wann?

2.)

Welche konkreten strafrechtlichen Vorfälle oder Bedenken (zu Straftaten entweder von erheblicher Bedeutung, nach §224 StGB oder terroristischer Natur) liegen vor, die die Anschaffung und den Betrieb dieser Anlage rechtfertigen?

Welche Zahlen liegen dieser Beurteilung zu Grunde?

3.)

Auf welche Art und Weise wurde in diesem Fall die "intensive Öffentlichkeitsarbeit" (Zitat Herr Schünemann) betrieben, um die Bevölkerung über diese neue Überwachungsmaßnahme aufzuklären?

Genauer gefragt: Wann und wo wurde in Presse, Funk und Fernsehen darüber berichtet?

4.)

Werden die Bilder dieser Kamera aufgezeichnet und wenn ja, für welchen Zeitraum?

5.)

Werden die Aufnahmen dieser Kamera durch Polizeibeamte überwacht und wenn ja, erfolgt diese Überwachung rund um die Uhr oder nur stichprobenartig?

6.)

Handelt es sich bei dieser Anlage um eine Kamera mit fixierter Ausrichtung oder ist die Kamera fernsteuerbar bezüglich der Ausrichtung und des Zooms?

7.)

Wie hoch sind die Kosten für die Anschaffung und Inbetriebnahme dieser Anlage gewesen?

Wir würden uns sehr über die Beantwortung unserer Fragen freuen und möchten Ihnen außerdem noch einen Vorschlag machen:

Was halten Sie davon, eine umfangreiche Aufklärungsaktion über die bestehenden Videoüberwachungsanlagen der Polizei in Hannover und Niedersachsen durchzuführen?

So können sich alle daran interessierten Bürger einen Überblick über die von der Polizei potentiell überwachten Räume verschaffen und selber entscheiden, wie Sie mit diesem Wissen umgehen. Vielleicht wäre es auch möglich, an einer zentralen Stelle - vielleicht sogar im Internet - eine leicht zugängliche Information über diese und ähnliche Fragen besorgter Bürger einzurichten.

Nach Ihren eigenen Angaben und Ihrer Ansicht folgend, wäre eine solche breite Aufklärung für das gewünschte Ziel der Verhütung von Straftaten von erheblicher Bedeutung, ja sogar dessen Grundlage!

Wir möchten Ihnen diesen Vorschlag auch deswegen unterbreiten, weil Sie sich bekanntermaßen dagegen wehren, die von der Polizei per Videokameras überwachten öffentlichen Plätze und Räume mit Hinweisschildern zu kennzeichnen, was nach unserer Auffassung den geltenden Vorschriften von §32 Nds.SOG und §6b BDSG widerspricht.

Denn unserer Meinung handelt es sich - auch in diesem Fall der neuen Kamera am Opernplatz - nicht um eine "offene" Überwachungsmaßnahme.

Videokameras, die sich in derart hoher Position und darüber hinaus auch noch als unauffällige Dom-Kameras ausgeführt sind, können von einem "durchschnittlichen Bürger" nicht als eine solche Überwachungskameras erkannt werden.

Man sieht nicht, wohin die Kamera blickt und auch werden Menschen mit Sehbehinderung die Kamera vom Mahnmal aus erst gar nicht sehen geschweige denn als solche erkennen können.

Eine stichprobenartige Umfrage unter Passanten, die wir am 27. April 2009 auf dem videoüberwachten Kröpcke-Platz durchgeführt haben, hat gezeigt, dass dort rund neun von zehn Befragten nicht wussten, dass sie dort potentiell von einer polizeilichen Kamera überwacht werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Michael Ebeling
(für den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, OG Hannover)